

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses  
am Montag, den 27.03.2023 um 14:30 Uhr  
Ratssaal des Rathauses, Exerzierplatzstr.

---

Erschienen sind:

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Dieter Clauer

| Vertreter für Frau Susanne Krekeler

Herr Frank Eschrich

Frau Katja Faroß-Göller

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

Herr Hartmut Kling

Herr Tobias Semmet

Herr Berthold Stegner

Herr Jürgen Stilgenbauer

Herr Sebastian Tilly

Herr Ferdinand L. Weber

Herr Erich Weiß

Frau Regina Zipf

| Vertreterin für Herrn Thomas Heil

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Herr Heiko Burkhart

Herr Guido Frey

Herr Jörg Groß

Herr Robin Juretic

Herr Kai Kiefer

Herr Alexander Kölsch

Frau Annette Legleitner

Herr Sebastian Libal

Frau Talea Meenken

Herr Oliver Minakaran

Herr Michael Noll

Herr Rolf Schlicher

Frau Manuela Schneider

Zur Sitzung hinzugezogen

Herr Martin Zahn

R+T Verkehrsplanung GmbH (TOP 1.1)

Abwesend:

Mitglieder

Frau Stefanie Eyrisch

Herr Bastian Welker

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Hauptausschussmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Vorberatung von Ratsbeschlüssen
  - 1.1. Gesamtstädtisches Radverkehrskonzept
  - 1.2. Parkraumkonzept
  - 1.3. Tempo 30-Konzept
  - 1.4. Förderschule Sprache; Umzug vom Gebäude der Grundschule Wittelsbach in das Gebäude der Robert- Schuman Grundschule
2. Beteiligung am Entwicklungsprozess zur Erstellung eines Leitbilds
3. Feststellung von Kostenvoranschlägen
  - 3.1. Erneuerung der Beleuchtung in der Luitpoldstraße
  - 3.2. Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen 2023
  - 3.3. Hugo-Ball-Gymnasium - Fassadensicherung Bauteil A
  - 3.4. Hugo-Ball-Gymnasium - Dachsanierung Bauteil A
  - 3.5. Grundschule Wittelsbach - Sanierung Turnhallendach
  - 3.6. Errichtung einer neuen Kindertarteneinheit im 2. OG Banana Building
4. Auftragsvergaben
  - 4.1. Kanalsanierung Maxstraße - Vergabe der Kanalsanierungsarbeiten
  - 4.2. Jahresvertragsarbeiten 2023 - Bauleistung für Straßeninstandsetzung und Kabelverlegung in Pirmasens
  - 4.3. Generalsanierung Berufsbildende Schule - Gebäude "A"  
Los 30 Möbel für Klassensäle - Auftragserweiterung
  - 4.4. Generalsanierung Berufsbildende Schule - Gebäude "A"  
Los 00.2 Baustromversorgung und Baubeleuchtung - Auftragserweiterung
5. Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO
6. Anfragen und Informationen

## **zu 1        Vorberatung von Ratsbeschlüssen**

### **zu 1.1      Gesamtstädtisches Radverkehrskonzept Vorlage: 1619/I/61/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 23.01.2023.

Er zeigt auf, in der heutigen Sitzung würde über drei wichtige Themen der Stadtentwicklung beraten. Genauer gesagt drei Verkehrskonzepte. Dies sei ein großer Schritt mit großen Chancen für die Stadt Pirmasens.

Pirmasens habe sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert und weiterentwickelt. Dies habe auch zu veränderten Bedingungen und Anforderungen im Straßenverkehr geführt. 2019 habe der Stadtrat deshalb einen Verkehrsentwicklungsplan 2030 beschlossen. Ziel des Plans sei es, für die Zukunft von Pirmasens zeitgemäße und angepasste Verkehrskonzepte zu entwickeln und den Verkehr für alle Nutzergruppen nachhaltig zu verbessern. In dem aktualisierten Verkehrskonzept würde für Pirmasens eine große Chance stecken. Zum einen solle eine Verbesserung der Bedingungen für alle Verkehrsteilnehmer, wie zum Beispiel Autofahrer, Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV-Nutzer, Güterverkehr, usw., geschaffen werden. Auch solle die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöht werden und die besonderen Interessen bestimmter Gruppen, wie zum Beispiel Kinder, Senioren, behinderte Menschen usw., sollen gewahrt werden. Deshalb würden beispielsweise die Bushaltestellen barrierefrei ausgebaut. Weiterhin solle eine nachhaltige und klimafreundliche Mobilitätsplanung erreicht werden.

Der Verkehrsentwicklungsplan 2030 habe deshalb auch die Erarbeitung und Umsetzung von drei Teilkonzepten empfohlen. Diese seien das gesamtstädtische Radverkehrskonzept, das Parkraumkonzept sowie ein Tempo-30-Konzept. In den vergangenen Monaten habe die Stadt gemeinsam mit externen Fachbüros und internen Experten intensiv an diesen Konzepten gearbeitet. In der heutigen Sitzung solle über diese Konzepte vorberaten werden.

Dem Radverkehrskonzept und dem Tempo-30-Konzept hätten alle Ortsbeiräte zugestimmt. In der Stadtratssitzung am 12.12.2022 seien die drei Konzepte bereits ausführlich vorgestellt worden. Am 07.02.2023 habe der Verkehrsausschuss alle drei Konzepte beraten und dem Stadtrat deren Umsetzung empfohlen. Nun würde in der heutigen Sitzung über die Konzepte beraten und in der Stadtratssitzung am 24.04.2023 final darüber beschlossen werden.

Der Radverkehr spiele in Pirmasens bisher eine untergeordnete Rolle. Die Gründe in der "Sieben-Hügel-Stadt" lägen auf der Hand, denn durch die Topografie und die steilen Berge würde es den Radfahrern nicht leicht gemacht. Trotzdem steige seit Jahren die Anzahl der Radfahrer in der Stadt. Hierzu habe unter anderem die Technik beigetragen, weil den steilen Bergen zum Beispiel mit Pedelecs der Schrecken genommen würde.

Andererseits dürften manche das Fahrrad vermeiden, da sie sich unsicher fühlen. Das gelte gerade für Kinder. Ein gutes Radverkehrskonzept würde zu mehr Sicherheit führen und den Radverkehr dadurch fördern. Eine Zunahme der Radfahrer führe aber auch zu steigenden Konflikten mit anderen Verkehrsteilnehmern, zum Beispiel mit Fußgängern und dem motorisierten Straßenverkehr. Es bedürfe deshalb eines gesamtstädtischen Radverkehrskonzeptes, um diese Konflikte aufzulösen und den Radverkehr insgesamt zu fördern.

Ziel sei es dabei nicht, Radfahrer gegenüber anderen Gruppen zu bevorzugen. Es ginge viel mehr darum, eine gleichberechtigte Situation zu schaffen, von der alle Verkehrsteilnehmer profitieren, somit auch und gerade die Autofahrer und Fußgänger.

Die R&T Verkehrsplanung habe im Dezember das Radverkehrskonzept ausführlich vorgestellt.

Er empfehle und bitte darum, das Konzept zu beschließen, möchte aber auf 3 Punkte nochmals besonders hinweisen. Hier habe es im Stadtrat und aus der Öffentlichkeit Rückmeldungen gegeben. Zum einen solle die Fußgängerzone nur außerhalb der Geschäftszeiten freigegeben werden. Aufgrund der geringen Akzeptanz und der besonderen Topografie der Fußgängerzone erscheine der Verwaltung eine dauerhafte Öffnung problematisch, vor allem im frequenzstärksten Zeitraum. In der Lemberger Straße Richtung Ruhbank solle eine Änderung der Verkehrsführung erst umgesetzt werden, wenn der Bereich baulich verändert würde. Das Befahren der Einbahnstraßen entgegen der Fahrtrichtung solle grundsätzlich ermöglicht werden. Jedoch müssten Einzelfallprüfungen durchgeführt, ob die Voraussetzungen erfüllt seien.

Ratsmitglied Weber zeigt auf, die Verkehrskonzepte seien grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings befürchte er, dass durch das Radverkehrskonzept weitere solcher Situationen wie in der Teichstraße entstehen würden.

Ratsmitglied Tilly fragt an, ob bei der Verwaltung Diensträder vorhanden seien und ob es auch Jobräder gebe.

Der Vorsitzende erklärt, Dienstfahräder seien seit 10 Jahren in der Verwaltung vorhanden. Bezüglich des Jobrades seien Gespräche mit dem Personalrat geführt worden. Da das Jobrad ausschließlich durch eine Gehaltsumwandlung möglich sei, entstünden negative Auswirkungen auf die Rente der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dadurch habe man sich gegen das Jobrad entschieden.

Ratsmitglied Hussong führt aus, es sei nicht nachvollziehbar, weshalb das Jobrad negativ für die Beschäftigten beziehungsweise deren Rente sei.

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Ratsmitglied Eschrich erklärt, wichtig sei das Thema Monitoring, denn bislang lägen weder ein Zeit- noch ein Kostenplan vor. Deshalb solle pro Einzelmaßnahmen die Kosten und Nutzen betrachtet werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung mehrheitlich:

Der Stadtrat der Stadt Pirmasens beschließt das Radverkehrskonzept für die Stadt Pirmasens und setzt somit grundsätzliche Ziele und Handlungsfelder für die zukünftige Radverkehrsplanung im gesamten Stadtgebiet fest.

Abweichend zu den Inhalten des Radverkehrskonzepts sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Die Freigabe der Fußgängerzone soll zukünftig nur außerhalb der Geschäftszeiten erfolgen
- In der Lemberger Straße, im Bereich der Abzweigung zur Erlenbrunner Straße (stadtauswärts), ist die Herstellung eines Schutzstreifens nicht vorgesehen. Bei straßenbaulichen Maßnahmen ist in diesem Bereich ein neuer Ansatz zu prüfen.

**zu 1.2 Parkraumkonzept**  
**Vorlage: 1608/II/66.2/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 17.01.2023.

Er fügt hinzu, beim Thema Parken gebe es konkreten Handlungsbedarf. Dieser beschränke sich aber im Wesentlichen auf die zentrale Innenstadt, also Bereiche mit höherem Parkdruck.

Das Konzept sehe mehrere Handlungsfelder vor. Diese seien das Anwohnerparken, Lieferzonen, Parkraumbewirtschaftung zur Steuerung des Parkverkehrs, Parkleitsysteme und die Parkraumüberwachung.

Beginnen wolle die Stadt mit dem Bewohnerparken und einem Konzept zur Parkraumbewirtschaftung zum 01.01.2025. Durch ein neues Bewirtschaftungskonzept sollen die Parkregelungen nach den lokalen Bedürfnissen gestaltet werden. Zum Beispiel sollen Kurzzeitparkplätze in Bereichen mit viel Laufkundschaft entstehen. Derzeit würden Dauerparker die Parkplätze blockieren. Zum anderen sollen Bereiche mit hohem Anteil an Langzeitparken für die Anwohner neu geregelt werden. Auch solle durch eine zielgerechte Parkraumüberwachung Gefahren für die Sicherheit durch Wildparker minimiert werden. Dies setze aber eine strukturierte und logische Parkraumbewirtschaftung voraus.

Wesentliche Maßnahmen des Konzeptes seien die Einführung von Anwohnerparken in den bereits bewirtschafteten Bereichen, eine Ausweitung der Bewirtschaftung und Anwohnerparken in den Problembereichen sowie die Schaffung von Lieferzonen für die Paket- und Lieferdienste um Behinderungen zu vermeiden.

Wichtig sei es bei diesem Konzept, dass es nicht darum gehe, zusätzliche Einnahmen für die Stadt zu Lasten der Bürger zu generieren. Ebenfalls ginge es nicht darum, dass den Bürgern Parkplätze weggenommen werden sollen.

Vielmehr ginge es darum, die vorhandenen Plätze effektiver zu nutzen, die Parksituation gezielt zu verbessern und dadurch zum Beispiel den Einzelhandel zu stärken, das Anwohnerparken zu verbessern und mehr Sicherheit und Qualität für alle Verkehrsteilnehmer zu schaffen. Das Konzept hätten die Hauptausschussmitglieder vorab erhalten. Für Fragen seien Herr Groß und Herr Kiefer in der heutigen Sitzung anwesend.

Ratsmitglied Eschrich fragt an, wie hoch die Kosten für das Anwohnerparken sei.

Beigeordneter Clauer zeigt auf, dies liege im Ermessen der Kommunen. In Pirmasens würde jedoch ein Jahresbeitrag in Höhe von 30,70 € beibehalten werden.

Ratsmitglied Zipf teilt mit, die Anwohner müssten 30,70 € zahlen und hätten trotzdem keinen konkreten Parkplatz. Dies sei Augenwischerei, da oftmals keine Parkplätze zur Verfügung stünden.

Beigeordneter Clauer erwidert, der Anwohnerparkausweis sei ein ausdrücklicher Wunsch der Bürgerinnen und Bürger gewesen, denn dadurch würde die Parksituation der Anwohner verbessert. Die weiteren Entwicklungen müssten beobachtet werden.

Ratsmitglied Hussong bittet, die Zonen bei Bedarf anzupassen.

Der Vorsitzende sagt dies zu.

Ratsmitglied Stegner fügt hinzu, ohne einen Anwohnerparkausweis würden die Anwohner im Stich gelassen werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich:

In Anlehnung an das vorgestellte Parkraumkonzept, sind von der Verwaltung Einzelmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Das Parkraumkonzept bildet den Rahmen und die Zielvorgabe die, entsprechend den Empfehlungen aus dem Verkehrsentwicklungsplan (VEP) für diesen Bereich, bis 2030 umzusetzen sind.

Als erste Einzelmaßnahmen werden beschlossen:

- die Einführung von Bewohnerparken in den Bereichen Exerzierplatz; Innenstadt Süd; Gerbergasse und Horeb (Bergstraße bis Steilgasse)
- die Ausarbeitung eines neuen Bewirtschaftungskonzeptes und dessen Umsetzung zur Einführung der Mehrwertsteuerpflicht zum 01.01.2025
- die Einberufung eines Runden Tisches zur Erarbeitung von Lieferzonen im Innenstadtbereich

### **zu 1.3      Tempo 30-Konzept** **Vorlage: 1612/III/32.2/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Ordnungsamtes vom 19.01.2023.

Er führt aus, das Tempo-30-Konzept diene dazu, die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu verbessern und die Wohn- und Aufenthaltsqualität zu steigern. Hierzu sei eine Leitlinie erarbeitet worden. Stark verkürzt könne man sagen, dass in allen Verbindungs- und Durchgangsstraßen Tempo 50 beibehalten werden solle. Alle anderen Straßen sollen zu Tempo-30-Zonen geändert werden.

Besonders hervorzuheben seien die Schloß- und Alleestraße. Diese hätten zwar die Funktion einer Durchgangsstraße, trotzdem solle dort Tempo 30 eingerichtet werden. Die Innenstadt habe eine besondere Bedeutung für das Einkaufen, Verweilen und den Aufenthalt von Menschen. Damit sei eine hohe Fußgängerfrequenz verbunden. In diesem Bereich sei es sinnvoll, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die Aufenthaltsqualität zu steigern.

Das Konzept sei bereits vorgestellt worden. Für Rückfragen sei Frau Schneider in der heutigen Sitzung anwesend.

Ratsmitglied Faroß-Göller fragt an, ob in der Wasgaustraße ebenfalls Tempo 30 geplant sei.

Dies bejaht Beigeordneter Clauer.

Ratsmitglied Hussong zeigt auf, in der Winzler Straße zwischen der Waisenhausstraße und der Walsterwiese sei eine Tempo-30-Zone. Diese Tempo-30-Zone höre allerdings mitten in der Straße auf. Dies sei nicht plausibel.

Beigeordneter Clauer teilt mit, diese Stelle würde des Öfteren von der Polizei kontrolliert.

Ratsmitglied Hussong fügt hinzu, sinnvoller sei eine durchgängige Tempo-30-Zone.

Der Vorsitzende erklärt, diese Straße sei als Durchgangstraße bewertet, weshalb diese auch grundsätzlich als Tempo-50-Zone gehandhabt werde.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich:

Der Stadtrat beschließt die schrittweise Einrichtung weiterer Tempo 30-Zonen im Stadtgebiet nach den in der Präsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) dargestellten Leitlinien.

Herauszuheben in dieser Vorgehensweise ist die Einrichtung von Tempo 30 in der Schloß- und Alleestraße zwischen der Kreuzung Gärtnerstraße/Schloßstraße und der Alleestraße/Bergstraße

**zu 1.4      Förderschule Sprache; Umzug vom Gebäude der Grundschule Wittelsbach  
in das Gebäude der Robert- Schuman Grundschule  
Vorlage: 1611/I/40/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Schulverwaltungsamtes vom 19.01.2023.

Er zeigt auf, der Schulleiter der Matzenbergschule habe im Dezember 2022 einen Antrag gestellt, den Förderbereich Sprache vom Gebäude der Grundschule Wittelsbach in das Gebäude der Robert-Schuman-Grundschule zu verlagern. Die schulischen Gremien hätten bereits einstimmig zugestimmt. Ebenfalls sei der Schulträgerausschuss am 31.01.2023 beteiligt worden. Nach Beschlussfassung im Stadtrat am 24.04.2023 könne danach die Zustimmung bei der ADD beantragt werden. Die Gesamtkosten der Maßnahme würden 117.000 € betragen. Zum einen würden die Sanierungsmaßnahmen rund 85.000,00 € und die Ausstattung der Klassenräume rund 32.000,00 € kosten.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig:

Dem Umzug der Förderschule Sprache vom Gebäude der Grundschule Wittelsbach in das Gebäude der Robert-Schuman-Grundschule wird zugestimmt und der Kostenvoranschlag mit 117.000,- Euro festgestellt.

**zu 2            Beteiligung am Entwicklungsprozess zur Erstellung eines Leitbilds  
Vorlage: 1637/I/10/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 13.03.2023.

Er fügt hinzu, das vorhandene Leitbild sei circa 20 Jahre alt und nicht mehr zeitgemäß. Bereits im Jahr 2021 habe ein Workshop zur Erarbeitung eines Markenkerns mit der Verwaltung und dem Marketingverein stattgefunden. Dies sei allerdings durch Corona unterbrochen worden. Der Marketing e. V. habe bereits beschlossen, ein Leitbild für den Marketingbereich gemeinsam mit der Firma Reppa zu erarbeiten. Die Stadt könne sich ebenfalls an diesem Prozess beteiligen. Hierzu würden Kosten für 2023 in Höhe von maximal 40.000 €, vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung, anfallen.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

Der Hauptausschuss stimmt der finanziellen Beteiligung an der Entwicklung eines Leitbilds der Stadt Pirmasens zu. Die Stadt beteiligt sich an einem Entwicklungsprozess des Marketing e.V. mit max. 40.000 EUR im Jahr 2023.

Verrechnung: Konto: 111200.5625900 „Konzeptentwicklung/Bürgerbeteiligung“

### **zu 3        Feststellung von Kostenvoranschlägen**

#### **zu 3.1      Feststellung von Kostenvoranschlägen; hier: Erneuerung der Beleuchtung in der Luitpoldstraße Vorlage: 1615/II/66.2/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 20.01.2023.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

1. Die Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Luitpoldstraße erfolgt im Rahmen des Straßenausbauprogramms 2021-2025 für die Abrechnungseinheit „Winzeln“. Die Finanzierung erfolgt über wiederkehrende Beiträge für Verkehrsanlagen und wird über die Maßnahmen-Nr. 5416030012 abgerechnet.
2. Die Durchführung der Maßnahme wird nach der vorgestellten Planung des Tiefbauamtes genehmigt und der Kostenvoranschlag auf insgesamt

**160.000,- € brutto**

festgestellt.

#### **zu 3.2      Kostenvoranschlag für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen 2023 Vorlage: 1639/II/66.2/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 14.03.2023.

Er fügt hinzu, der Kostenvoranschlag sei auf insgesamt 500.000 € festgelegt worden. Die Maßnahme umfasse folgende Bushaltestellen:

- Haltestelle Seniorenheim Berliner Ring
- Haltestelle Beckenhofer Str. in der Lemberger Str.
- Haltestelle Volksgartenstr. einwärts in der Landauer Str.
- Haltestelle Volksgartenstr. auswärts in der Lemberger Str.
- Haltestellen Wiesenstraße (einwärts und auswärts)
  
- Haltestellen mit Blindenleitführung
- Carl-Schurz-Straße einwärts
  - Carl-Schurz-Straße auswärts
  - Fachhochschule einwärts/auswärts
  - Fachmärkte einwärts/auswärts

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:



1. Der barrierefreie Umbau von sechs Bushaltestellen und die Ergänzung von Blindenplatten an sechs Haltestellen erfolgt im Rahmen einer Fördermaßnahme seitens des Landes nach dem LVFGKom/LFAG
2. Die Durchführung der Maßnahme wird nach der vorgestellten Planung des Tiefbauamtes genehmigt und der Kostenvoranschlag auf insgesamt

**500.000,- € brutto**

festgestellt.

Verrechnung: 5411000023 barrierefreier Ausbau der ÖPNV Haltestellen

**zu 3.3      S16 - Hugo-Ball-Gymnasium - Kostenvoranschlag Fassadensicherung Bauteil A**  
**Vorlage: 1644/II/69/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 15.03.2023.

Er stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) die Fassadensicherung am Hugo-Ball-Gymnasium vor.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

Der Kostenvoranschlag für die Sicherung der vorgehängten Fassadenplatten am Hugo-Ball-Gymnasium, Bauteil A, Südseite in Höhe von 140.000 € wird festgestellt.

Verrechnung: 114100.52310012 „Gebäudesanierungen an Schulen“

**zu 3.4      S16 - Hugo-Ball-Gymnasium - Kostenvoranschlag Dachsanierung Bauteil A**  
**Vorlage: 1640/II/69/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 15.03.2023.

Er stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) die Dachsanierung vor. Mit diesem Vorhaben könnten 45 Tonnen co<sup>2</sup> eingespart werden.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

Der Kostenvoranschlag für die Sanierung des Daches am Hugo-Ball-Gymnasium, Bauteil A in Höhe von 570.000€ wird festgestellt.

Verrechnung: 2170000009 „Sanierung Hugo-Ball-Gymnasium“

**zu 3.5      S 06 GS Wittelsbach - Sanierung Turnhallendach - Kostenvoranschlag**  
**Vorlage: 1641/II/69/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 15.03.2023.

Er stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) die Dachsanierung der Turnhalle sowie der Umkleiden der Grundschule Wittelsbach vor. Diese Maßnahme sei mit dem Denkmalschutz abgestimmt worden.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

Der Kostenvoranschlag für die Sanierung des Turnhallendaches an der Grundschule Wittelsbach, aufgestellt durch das Fachamt II/69 Gebäudemanagement, in Höhe von 100.000€ brutto wird festgestellt.

Verrechnung: 114100.52310012 „Gebäudesanierungen an Schulen“

### **zu 3.6      Errichtung einer neuen Kindertageseinheit im 2. OG Banana Building Vorlage: 1642/II/69/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 15.03.2023.

Er fügt hinzu, der Kostenvoranschlag sei in Höhe von 175.000 € festgelegt worden. Die Räumlichkeiten seien bislang als Ausweich- bzw. Notkindergarten genutzt worden. Aufgrund des hohen Bedarfs an Kita-Plätzen solle die Einrichtung dauerhaft als regulärer Kindergarten genutzt werden. Hierfür seien jedoch bauliche Maßnahmen erforderlich, wie zum Beispiel die Vergrößerung und die kindergerechte Gestaltung der WC-Anlage sowie die Errichtung eines zweiten Rettungswegs und einer Brandmeldeanlage. Ein Förderantrag würde gestellt mit einer maximalen Förderquote von 90%.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

Die Kostenschätzung für die Errichtung einer neuen Kindertageseinheit im 2. OG im Banana Building, aufgestellt durch das Fachamt II/69 Gebäudemanagement in Höhe von rd. 175.000 € brutto wird festgestellt.

Verrechnung: Inv.Nr. 3651000018 Umbau Kita Banana Building

### **zu 4            Auftragsvergaben**

#### **zu 4.1        Kanalsanierung Maxstraße Vergabe der Kanalsanierungsarbeiten Vorlage: 1635/II/66.3/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 09.03.2023.

Er fügt hinzu, vier Bieter hätten ein Angebot abgegeben. Der Auftrag solle an die Firma AARSLEFF Rohrsanierung GmbH aus Siegburg zum Angebotspreis von 137.150,89 € vergeben werden. Mit diesem Angebot liege man innerhalb des Kostenvoranschlags.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

Die Sanierungsarbeiten für die Abwasserkanäle in der Maxstraße werden der mindestfordernden Firma

## **AARSLEFF Rohrsanierung GmbH, 53721 Siegburg**

gemäß dem überprüften Angebot vom 28.02.2022 mit einer Auftragssumme von insgesamt

**€ 137.150,89 brutto** übertragen.

Die Verrechnung der Kosten erfolgt bei der Auftragsnummer 04210302130 des Sonderhaushaltes des Abwasserbeseitigungsbetriebes.

### **zu 4.2      Jahresvertragsarbeiten 2023 Bauleistung für Straßeninstandsetzung und Kabelverlegung in Pirmasens Vorlage: 1634/II/66.2/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 08.03.2023.

Er erklärt, ein Bieter habe ein Angebot abgegeben. Der Auftrag solle an die Firma Peter Groß Infra GmbH aus Pirmasens zum Angebotspreis von 833.112,26 € vergeben werden.

Ratsmitglied Hussong bittet um die Klarstellung der Abgrenzung zwischen einem Ausbau und einer Instandsetzung.

Bürgermeister Maas zeigt auf, ein Ausbau sei ein grundlegender Ausbau. Eine Instandsetzung sei dagegen sei eine Reparaturmaßnahme die gegebenenfalls auch über eine Länge von mehreren Metern erfolge und keine Grundsaterneuerung sei.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

Der Jahresvertrag 2023 wird der mindestfordernden Firma Peter Gross Infra GmbH, Pirmasens, gemäß dem überprüften Angebot vom 22.02.2023 mit einer Auftragssumme in Höhe von

**€ 833.112,26 brutto**

übertragen. Bis zur Genehmigung des Haushaltsplans 2023 durch die ADD wird die Auftragssumme zur Finanzierung von unabweisbaren Unterhaltungsmaßnahmen auf 150.000,- € begrenzt. Die Arbeiten erstrecken sich auf den Zeitraum von April 2023 bis zum 31.12.2023 und sind sofort im Benehmen mit dem Tiefbauamt zu beginnen.

Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf die volle Erfüllung der Vertragssumme.

### **zu 4.3      73 - Generalsanierung BBS - Gebäude "A" Los 30 Möbel für Klassensäle - Auftragserweiterung Vorlage: 1636/II/65.2/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 13.03.2023.

Er zeigt auf, dieses Vorhaben sei zwei Mal ausgeschrieben worden. Allerdings habe man keine Angebote erhalten. Deshalb solle der bestehende Vertrag mit der Firma ASS Einrichtungssysteme GmbH aus Stockheim erweitert werden. Der Auftrag solle von 139.353,76 € um 66.925,60 € auf 206.279,36 € erweitert werden.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

Der Auftrag für das – Los 30 Möbel für Klassenräume – vom 09.07.2022, an die Firma „ASS Einrichtungssysteme GmbH aus Stockheim, in Höhe von **139.353,76 € (brutto)** wird um **66.925,60 €** (49.746,76 € brutto, NA 01 und 16.488,64 € brutto, NA 02) auf **206.279,36 € (brutto)** erweitert.

Verrechnung: 2310000003 „BBS; Energetische u. Brandschutzsanierung; 1. BA“

**zu 4.4      73 - Generalsanierung BBS - Gebäude "A"**  
**Los 00.2 Baustromversorgung und Baubeleuchtung - Auftragserweiterung**  
**Vorlage: 1643/II/65.2/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 15.03.2023.

Er fügt hinzu, auf Grund einer längeren Bauzeit seien längere Baubeleuchtungen benötigt worden. Daher solle der Auftrag der Firma Wieland & Schultz aus Rodenbach von 45.941,85 € um 16.605,09 € auf 62.546,94 € erweitert werden.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

Der Auftrag für das Los 00.2 Baustromversorgung und Baubeleuchtung vom 04.07.2019 und vom 16.02.2021, an die Firma Wieland & Schultz aus Rodenbach, in Höhe von 45.941,85 € brutto ist um 16.605,09 € brutto auf 62.546,94 € brutto zu erweitern.

Verrechnung: 2310000003 „BBS; Energetische u. Brandschutzsanierung; 1. BA

**zu 5              Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO**  
**Vorlage: 1614/I/50.6/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 20.01.2023.

Er fügt hinzu, es gebe eine Besonderheit bei diesen Spenden. Ein Mitarbeiter des Pakts für Pirmasens habe in der Mittagspause von einer älteren Dame ein beschriftetes Kuvert auf der Straße vorm Büro überreicht bekommen mit der Bitte dieses an den Pakt für Pirmasens zu überbringen. Ihre Namen wollte sie nicht nennen und sei dem Mitarbeiter auch nicht bekannt. Erst später im Büro sei festgestellt worden, dass sich 250,00 € in bar im Umschlag befinden.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Annahme folgender Spenden:

Geldspende:

Spender	Zweck	Betrag
Lions Hilfe Pirmasens	Spende zur Durchführung der Nikolaus-Feier für die vom Jugendamt untergebrachten Pflegekinder zusammen mit den Pflegefamilien	800,00 €

Anonyme Barspende	Spende an den Pakt für Pirmasens	250,00 €
Lions Hilfe Pirmasens Herr Michael Knecht (Präsident)	Spende an den Pakt für Pirmasens	2.000,00 €
Sparkasse Südwestpfalz	Spende an das Stadtmarketing für die Beschaffung einer Krippenfigur für den Belznickelmarkt Pirmasens	1.500,00 €
VR-Bank Südwestpfalz eG Pirmasens-Zweibrücken	Spende an das Stadtmarketing für die Beschaffung einer Krippenfigur für den Belznickelmarkt Pirmasens	1.500,00 €
Frau Helga Kaiser	Spende für den Heimatbrief	200,00 €
Familie Heinrich und Christine Keller	Spende an den Pakt für Pirmasens	1.000,00 €
Steuerkanzlei Herder und Brunner GbR Pirmasens	Spende an den Pakt für Pirmasens	300,00 €
Familie Egmont und Ilse Bißbort	Spende an den Pakt für Pirmasens	220,00 €
Karl Schulz e.K. Inh. Jochen Schulz	Spende an den Pakt für Pirmasens	500,00 €
Herr Jürgen Weber	Spende an den Pakt für Pirmasens	200,00 €
Schiller Apotheke Pirmasens	Spende an den Pakt für Pirmasens	650,00 €
Herr Jens Groß	Spende an den Pakt für Pirmasens	200,00 €
Frau Jutta Wulf	Spende an den Pakt für Pirmasens	150,00 €
Herr Tobias Thiele	Spende an den Pakt für Pirmasens	3.000,00 €
Herr Peter Faul	Spende an den Pakt für Pirmasens	240,00 €
Jakob-Hildebrand Stiftung	Spende für Aufwertung des Wasgaubrünnchens, Infotafel „Wie es früher einmal war“	600,00 €
Hartwig und Nicole Ohr	Spende an den Pakt für Pirmasens	150,00 €
Herr Johann Peter Wilhelm	Spende für die Altenhilfe Haus Meinberg	1.000,00 €
Lions Hilfe Pirmasens Herr Michael Knacht (Präsident)	Spende an den Pakt für Pirmasens	2.500,00 €

Lions Hilfe Pirmasens Herr Michael Knacht (Präsident)	Spende an den Pakt für Pirmasens	4.200,00 €
Ingenieurbüro Grunhofer Herr Geord Grunhoder	Spende an den Pakt für Pirmasens	250,00 €
Supremo Shoes & Boots GmbH	Spenden für die Kinder- und Jugendarbeit im P11	1.000,00 €
Sparkasse Südwestpfalz	Spende für die Spiel- und Lernstube im Winzer Viertel (Weihnachtsgeldspende)	2.000,00 €

Sachspende:

Spender	Zweck	Betrag
Weingut Heinz Pfaffmann, Walsheim	Spende für die Seniorenclubs in den Orts- bezirken	3.603,92 €

**zu 6      Anfragen und Informationen**

**zu 6.1      Beantwortung von Anfragen**

**zu 6.1.1      Anfrage von Ratsmitglied Weiß bzgl. Überwachung fließender Verkehr in  
der Fußgängerzone**

Der Vorsitzende zeigt auf, die Verwaltung sei beauftragt worden zu prüfen, ob die Installation von Kameras zur Überwachung des fließenden Verkehrs rechtlich möglich sei.

Aus Sicht des Datenschutzes und der Ordnungsbehörde sei eine dauerhafte Videoüberwachung unzulässig.

**zu 6.2      Informationen**

**zu 6.2.1      Risikofrüherkennungssystem Abwasserbeseitigungsbetrieb**

Bürgermeister Maas zeigt auf, die Risikoliste beinhalte 62 Teilrisiken, die zu 47 zu bewertenden Einzelrisiken zusammengefasst seien. Die Teilrisiken seien in zwei Risikobereiche mit jeweils vier bzw. fünf Risikokategorien strukturiert und von den Projektteilnehmern des Abwasserbeseitigungsbetriebes an Hand von Risikobewertungsbögen bewertet worden. Eine Kostensteigerung sei durch Corona und dem Ukrainekrieg zu verzeichnen.

**zu 6.2.2      Special Olympics World Games Berlin 2023**

Der Vorsitzende teilt mit, die deutsche Hochschule für Gesundheit und Sport führe im Rahmen einer Studie zur "Auswirkung der Special Olympics World Games Berlin 2023 auf die Einstellung gegenüber Menschen mit geistiger Beeinträchtigung" eine anonyme Online-Befragung durch. Im Nachgang zur Sitzung würde ein Informationsschreiben zur Studie so-

wie der Link für die Online-Befragung hochgeladen. Ob die Hauptausschussmitglieder teilnehmen oder nicht, überlasse er ihnen.

### **zu 6.2.3 Sachstand Haushaltsgenehmigung**

Bürgermeister Maas zeigt auf, bereits im November sei ein ausführliches Gespräch mit der ADD geführt worden. Nun habe die Stadt ein Antwortschreiben erhalten, in dem es heiße, dass der Haushalt nicht genehmigt werden könne. Mittelfristig sei es nicht möglich, unverschuldet zu bleiben. Gleichzeitig weise die ADD daraufhin, dass die Grundsteuer B erneut erhöht werden müsse. Die Verwaltung habe nun eine Stellungnahme verfasst, in der auf die Kraftanstrengungen und die Ausnahmesituation hingewiesen werde. Ebenfalls wurden Gutachten und der Mietspiegel aufgezeigt.

Alle Einsparungen seien ebenfalls in einer Präsentation zusammengeführt worden und der ADD zur Verfügung gestellt worden, dort bestehe man aber auf eine erneute Vorlage in Form eines Fließtextes. Man versuche weiterhin, die Genehmigung zu erhalten. Allen Hauptausschussmitgliedern würden das Schreiben der ADD und die Stellungnahme der Verwaltung in Mandatos hochgeladen.

Ratsmitglied Eschrich fragt an, welche Auswirkungen dies auf das Altschuldenprogramm habe.

Der Vorsitzende führt aus, der Rechnungshof habe bereits in der Vergangenheit bestätigt, dass die Stadt Pirmasens ihre Schulden nicht ausgleichen könne. Deshalb sei die Verwaltung weiterhin dran einen Antrag zu stellen.

Bürgermeister Maas erklärt, Vertragsdetails würden der Stadt nicht vorliegen, da das Finanzministerium noch nicht so weit sei. Sobald weitere Details bekannt werden, würde eine Beschlussvorlage formuliert werden. Ein Fristenproblem werde allerdings nicht gesehen.

Ratsmitglied Eschrich teilt mit, gesetzlich sei die Frist im April festgelegt worden.

Bürgermeister Maas erwidert, dass die Frist im September ablaufe.

### **zu 6.2.4 Wahl zum Beirat für Migration und Integration**

Der Vorsitzende führt aus, am 26.03.2023 habe die Wahl zum Beirat für Migration und Integration stattgefunden. Im Jahr 2019 seien 3.624 Personen und 2023 4.823 Personen wahlberechtigt gewesen. Im Jahr 2019 hätten rund 4,62 % der Wahlberechtigten an der Wahl teilgenommen und an der diesjährigen Wahl rund 5,41 %. Am Donnerstag, den 30.03.2023, tagte der Wahlausschuss und stelle das amtliche Wahlergebnis fest. In den Beirat seien Nour Tzino, Dan-Odyseas, Ina Railean, Dimitri Janzen, Mattia Polentes, Moise Sandjong, Mohammed Farouk Sayed, Ali Alieso und Mohammad Reza Shahini gewählt worden. Die Ersatzmitglieder seien Youssef Ech-Charkaoui, Mustafa Ahmed, Jinan Hussein Sakman Al-Dhaye und Akid Simo.

Ratsmitglied Faroß-Göller führt aus, das Wahlinteresse am Beirat für Migration und Integration sei nicht hoch. Eventuell könne die Wahl zukünftig präsenter gezeigt werden, um eine bessere Beteiligung zu erhalten.

Der Vorsitzende zeigt auf, von Seiten der Stadt sei viel geworben worden. Zum einen seien Steckbriefe mit Bildern der Bewerber veröffentlicht worden. Außerdem sei in der Presse berichtet worden.

Ratsmitglied Hussong fragt an, wie lange die Wahlperiode des Beirates sei.

Der Vorsitzende erklärt, der neue Beirat für Migration und Integration sei bis zur nächsten Wahl 2024 im Amt.

### **zu 6.3      Anfragen der Ratsmitglieder**

#### **zu 6.3.1      Anfrage von Ratsmitglied Hussong bzgl. "Zusammenarbeit mit der DaRa Event GmbH"**

Ratsmitglied Hussong zeigt auf, aus der Zeitung habe er erfahren, dass Herr Wagenblatt die Firma DaRa verlassen habe und mit der neuen Firma Stargate das Biosphärenhaus in Fischbach übernehme. Da Herr Wagenblatt der Ansprechpartner für die Planungen des Stadtfests gewesen sei, fragt er an, ob der Wechsel konkrete Auswirkungen auf die bisherigen Planungen hätte.

Beigeordneter Clauer erklärt, bislang sei noch keine Vertragsunterzeichnung erfolgt. Der Ansprechpartner würde allerdings gleich bleiben, auch wenn die Firma wechselt. Auch die Verwaltung habe aus der Zeitung über den Wechsel erfahren, weshalb bislang keine Hintergründe bekannt seien.

Ratsmitglied Hussong fragt an, wer der zukünftige Vertragspartner sei.

Beigeordneter Clauer teilt mit, die Verwaltung wisse nichts genaueres, jedoch finde morgen ein Gespräch statt.

Ratsmitglied Stegner führt aus, zum jetzigen Zeitpunkt könnten ausschließlich Spekulationen aufgestellt werden. Es scheine, als würden die beiden Hochrisikoprojekte, das Quasimodo und das Biosphärenhaus ausgegliedert.

Der Vorsitzende fügt hinzu, das Biosphärenhaus habe nichts mit der Stadt Pirmasens zu tun, deshalb sei es auch kein Thema für den Stadtrat der Stadt Pirmasens.

Ratsmitglied Hussong zeigt auf, das stadtfest sei bereits für Anfang August geplant, deshalb sei es wichtig zu wissen, wer der Vertragspartner sei. Es sei ein schlechter Stil, dass die Stadt nur unzureichend oder nicht informiert worden sei.

Beigeordneter Clauer erwidert, das Programm würde inhaltlich von der Stadt bestimmt, weshalb sich dieses auch immer verändern könne. Bis jetzt sei die Zusammenarbeit gut verlaufen und das morgige Gespräch müsse abgewartet werden.

Ratsmitglied Hussong bittet unverzüglich die Fraktionsvorsitzenden oder die Öffentlichkeit zu informieren.

Ratsmitglied Tilly erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand der Sportsbar.

Der Vorsitzende erklärt, die Firma DaRa sei nicht mehr der Mieter der Sportsbar.



#### **zu 6.3.2   Anfrage von Ratsmitglied Tilly bzgl. "Citymanagerin Frau Mutter - Elternzeitvertretung"**

Ratsmitglied Tilly zeigt auf, die Citymanagerin Jessica Mutter würde Nachwuchs erwarten, weshalb ihre Stelle ausgeschrieben worden sei. Er fragt an, wie sichergestellt würde, dass die ausgearbeiteten Konzepte weitergeführt würden.

Der Vorsitzende bestätigt, dass Frau Mutter Nachwuchs erwarte. Des Weiteren stelle man mit persönlichen Gesprächen und dem Amtsleiter Mark Schlick, sicher, dass die Konzepte weitergeführt würden.

#### **zu 6.3.3   Anfrage von Ratsmitglied Weber bzgl. "Großeinsatz in der Exerzierplatzstraße"**

Ratsmitglied Weber zeigt auf, am Mittwoch, den 22.03.2023 zwischen 17-20.30 Uhr habe es in der Exerzierplatzstraße 14 einen Einsatz von Polizei, Ordnungsamt, Feuerwehr, THW und den Stadtwerken gegeben. Da es keinen Presseartikel diesbezüglich gab, fragt er an, um welchen Einsatz es sich gehandelt habe.

Beigeordneter Clauer erklärt, er werde sich diesbezüglich erkundigen. Wenn seitens der Stadtverwaltung berichtet werden dürfe, würde dies getan.

#### **zu 6.3.4   Anfrage von Ratsmitglied Semmet bzgl. "Ausbau der Gersbacher Straße"**

Ratsmitglied Semmet fragt an, wann der Ausbau in der Gersbacher Straße erfolge. Er vermute eine Bauverzögerung auf Grund des Wetters.

Bürgermeister Maas zeigt auf, die Tiefbaumaßnahmen seien abhängig von der Witterung. Man hoffe, dass mit der Maßnahme bald begonnen werden könne. Eine dazugehörige Pressemeldung solle diesen Freitag erfolgen.

Ratsmitglied Kiefer teilt mit, mehrere Anwohner hätten die Frage gestellt, ob diese ihre Häuser über die Baustelle anfahren könnten.

Bürgermeister Maas erklärt, wie bereits in den vergangenen Jahren könnten die Häuser während der Arbeitszeit der Arbeiter nicht angefahren werden, sondern erst in den Abendstunden.

Ratsmitglied Kiefer fragt weiterhin an, ob der Parkplatz der Kirche von den Anwohnern genutzt werden könnte.

Bürgermeister Maas führt aus, dies müsse zuerst mit der Kirche geklärt werden.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 16.12 Uhr.

Pirmasens, den 3. Mai 2023

gez. Markus Zwick  
Vorsitzender

gez. Anne Vieth  
Protokollführung